

gebraucht“ (G. Wald). Ein Problem, vor dem etwa die Sorgen um die Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer in die Industriegesellschaft der Bundesrepublik verblissen.

Einen interessanten und durch seine Begrenzung intensiven sozio-literarischen Versuch unternimmt Rutherford, indem er ausschließlich die zeitgenössische Literatur für die Darstellung der politischen Haltung bestimmter sozialer Schichten in der frührevolutionären Phase auswertet. Eine Methode, die, für den Literaturhistoriker notwendig, für alle übrigen historischen Forschungen nur ergänzend und korrigierend angewandt wird. Für ein soziologisches Thema, zumal eines aus der jüngeren Vergangenheit, hat sie auf der Hand liegende Nachteile und Fehlerquellen: Dieses grundsätzliche Bedenken in Rechnung stellend (S. 1—18), verweist R. auf den andererseits nicht zu leugnenden Kontext einer jeden geistigen Arbeit mit der sozialen Umwelt des Autors, mag dieser sie beschreiben oder sich von ihr kraft seiner Fantasie lösen wollen. Allerdings liegt eine ausgesprochene Revolutionsliteratur in breitem Umfange vor, so daß diese, ohnehin meist mehr soziologischen als psychologisierenden Inhalts, als Grundlage verwertet werden kann (S. 40—77). Hierauf fußend, werden die revolutionären Kräfte, nämlich die Intellektuellen (S. 78—129), die Führer (S. 130—182) wie Madero, Zapata, Villa, Carranza, Obregón, sowie die kämpfenden Massen und die Unterführer geschildert (S. 183—239), anschließend die Gegenkräfte, die ländlichen und städtischen Eliten, die ausländischen Investoren, die Kirche, die Armee und die unteren Mittelschichten. R. vermag weiterhin die durchaus zwiespältige Einschätzung des US-amerikanischen Einflusses mit dem vorhandenen Material zu veranschaulichen (S. 268—279): Einerseits die nicht zu übersehenden kapitalistischen Interessen der großen Unternehmen, andererseits die politische und schließlich gar die militärische Unterstützung der Revolutionskräfte durch die Regierung Woodrow Wilson mit der Besetzung von Veracruz im Jahre 1914.

Inwieweit der Versuch des Verfassers gelungen ist, läßt sich hier nicht beurteilen; daß jedoch die Lektüre Zustand und Verhalten der widerstreitenden sozialen Kräfte in einer entscheidenden politischen Phase überhaupt erst farbig und plastisch werden läßt, ist nicht zu bezweifeln.

Gerhard Scheffler

REINHARD PETERWERTH

**Das Vertragswerk des Zentralamerikanischen Gemeinsamen Marktes**

Colloquium Verlag, Berlin 1973

Bibliotheca Ibero-Americana, 134 S., 19,— DM

Diese von der Universität Bonn angenommene juristische Dissertation beschreibt die Bestimmungen und Intentionen der Verträge zwischen Guatemala, El Salvador, Honduras, Nicaragua und Costa Rica, welche den Gemeinsamen Zentralamerikanischen Markt konstituieren. Dem Autor geht es dabei nicht um eine ökonomische oder soziologische Analyse der Auswirkungen dieses wirtschaftlichen Integrationsversuches, sondern um die Aufarbeitung von in Europa nur schwer erreichbaren Materialien, mit deren Hilfe sich der Leser über alle Einzelheiten des Vertragswerkes informieren kann. Im Anhang werden einige Vertragstexte, wichtige Quellenhinweise sowie umfassende Literaturangaben beigefügt.

Dieses Buch wird denjenigen, die sich auch unter anderen als im engeren Sinne juristischen Fragestellungen mit der aus der Konzeption der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika entstandenen Wirtschaftsintegration Zentralamerikas beschäftigen, als wertvolles Handbuch und zuverlässiges Nachschlagewerk dienen.

Kurt-Peter Schütt

ROBERT E. SCOTT

**Mexican Government in Transition**

2. Auflage 1971

University of Illinois Press, Urbana — Chicago — London, S. 345.

CLARK W. REYNOLDS

**The Mexican Economy**

Yale University Press, New Haven — London, 1970, S. XXIV, 468.

PETER SCHULENBURG

**Das kollektive Arbeitsrecht in Mexiko**

Gustav Fischer Verlag, Stuttgart, 1973, S. 163 (Heft 14 der Arbeits- und sozialrechtlichen Studien, herausgegeben von Thilo Ramm).

Die im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Ländern bemerkenswerte jahrzehntelange politische, wirtschaftliche und soziale Stabilität Mexikos läßt das Bemühen verständlich erscheinen, das politische System dieses Landes dem westlicher Staaten zuzuordnen. Scott unterscheidet Staaten mit westlichem und nicht-westlichem Charakter, wobei er den letzteren sieben, mehr deskriptiv als erklärende Merkmale zuschreibt (S. 11): Einen hohen Grad an politischen Innovationen; weitgehendes Fehlen eines Konsenses über legitime Formen und Vorhaben politischer Tätigkeit; die Tendenz zur charismatischen Führerschaft; geringe Integration innerhalb der Aktivbürgerschaft; weniger festgelegte Rollen unter den Politikern; gesellschaftliche Interessen sind weniger abgegrenzt und organisiert als in westlichen Ländern; nicht alle potentiellen politischen Elemente artikulieren sich in so beständiger Weise wie in den westlichen Staaten. Da Mexiko noch nicht alle diese Merkmale habe abstreifen können (S. 12—33), wird sein politisches System als „im Übergang“ befindlich bezeichnet, nämlich, worauf S. in seinen Vergleichen immer wieder abhebt, erst noch auf dem Weg zum US-amerikanischen Standard.

Mexikos innenpolitische Lage ist entscheidend durch die Dominanz der Revolutionspartei (Partido Revolucionario Institucional — PRI) gekennzeichnet. Ebenso wenig wie es eine einheitliche Revolutionsidee gab (S. 98 ff.), war auch die Gründung der Revolutionspartei im Jahre 1929 als Partido Nacional Revolucionario (PNR) die Institutionalisierung einer einheitlichen politischen Bewegung. Auf Initiative des aus dem Amt scheidenden Präsidenten Calles wurde die Partei als Bündnis einiger politischer Gruppen und Generale von oben gegründet (S. 122). Calles war es dann auch, der mit der Hilfe der PNR seine persönliche Macht ausdehnen konnte (S. 123/4). Heute hat sich folgender Mechanismus der Machtverteilung und -durchsetzung eingespielt: Während der Amtszeit des Präsidenten